



Newsletter der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf #2 Juni 2020

Inhalt

Seite 1-2	Editorial
Seite 3-5	Abgeordnetenhaus: Nachtragshaushalt
Seite 5	Senat: Mund-Nase-Bedeckung
Seite 6	BVV: Aktuelles
Seite 7-8	5 Fragen an Gaby Bischoff
Seite 8	JUSOS und AG 60 plus gemeinsam
Seite 9-10	Kalendarium
Seite 11	Kontaktdaten & Telefonnummern
Seite 11	Impressum



Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir freuen uns, euch eine weitere Ausgabe unseres "Corona-Newsletters" zukommen zu lassen. Zunächst ein paar Worte zu den Lockerungen im Hinblick auf die Eindämmungsverordnung des Senats. Mittlerweile dürfen Fitnessstudios, Restaurants und Kneipen unter strengen Hygieneauflagen wieder öffnen.

Wir sehen auch, dass die Zahlen der Neuinfektionen immer weiter zurückgehen. Dennoch müssen wir vorsichtig bleiben. Das Virus ist nicht verschwunden, wie Ausbruchsfälle in Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen gezeigt haben. Es gilt weiterhin, gebotenen Hygienevorschriften verbindlich einzuhalten und größere Menschenansammlungen zu meiden. Ein schlechtes Beispiel wie es nicht geht, war die als „Demonstration“ angemeldete Schlauchbootparty auf dem Landwehrkanal am vergangenen Wochenende. So viele Menschen, auf so engem Raum mit viel Alkohol, dürfen sich trotz des sommerlichen Wetters nicht versammeln. Damit wird die Ausbreitung des Virus befördert. Michael Müller fand dazu klare Worte: "Das ist unverantwortlich". Er kündigte an, künftig wieder stärker zu kontrollieren. Weiter mahnte er zur Vorsicht, dass „wir noch nicht über den Berg sind". Damit die mögliche Ausbreitung des Virus im Blick bleibt, hat der Senat unter Federführung von Gesundheitssenatorin Dilek Kalayci und der Charité Berlin, ein Ampelsystem entwickelt. Anhand dreier Kennzahlen wird die Ausbruchssituation in engen Zeitabständen kontinuierlich überwacht, um gegebenenfalls wieder strengere Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu erlassen.

Die negativen wirtschaftlichen Folgen der Krise werden stärker spürbar. In Berlin stieg die Zahl der Arbeitslosen zwischen April und Mai um 18.000. Gleichwohl die Soforthilfe-Maßnahmen des Senats und das von der SPD massiv geforderte Kurzarbeitergeld Schlimmeres verhindert haben, muss nun weiter vorgesorgt werden, damit Unternehmen nicht insolvent gehen, weitere Arbeiter*innen entlassen und Einkommen stabilisiert werden. Die Berliner SPD hat dazu beschlossen, dass Sparen kein geeignetes Rezept zur Bekämpfung der Krise ist. Es sollen Kredite aufgenommen werden, um einerseits coronabedingte Mehrausgaben, z.B. für Atemgeräte und Schutzausrüstung, und Mindereinnahmen durch Steuerausfälle zu finanzieren und um andererseits wichtige Investitionen in die Infrastruktur rasch auf den Weg zu bringen.



Die große Koalition im Bund hat Anfang Juni ein in der Höhe mit 130 Mrd. € bislang einmaliges Konjunkturpaket beschlossen. Die SPD konnte sich an wichtigen Stellen durchsetzen, etwa beim Kinderbonus von 300 Euro pro Kind, bei der Entlastung von Kommunen durch dauerhafte anteilige Übernahme von Unterbringungskosten, mit Milliardensummen für Krankenhaus-Investitionen oder bei Kaufprämien für Elektro- und umweltfreundliche Fahrzeuge. Auf eine anachronistische Autoprämie für Diesel und Benziner wurde verzichtet. Die SPD blieb hier gegenüber der Kernforderung der Union hart. Was haushalts- und finanzpolitisch auf Berlin zukommt, könnt ihr ab Seiten 3 lesen.

Zeit für Onlinetalk-Experimente

Ihr fragt euch sicher, was macht eigentlich unser Parteileben? Auf den hinteren Seiten findet ihr dazu eine Auswahl an Terminen, die euch während der Sommerpause angeboten werden.

Am 2. Juni gelang uns gut ein parteiöffentliches Onlinetalk-Angebot, das wir "Becker & Niroomand im Dialog" genannt haben und monatlich fortführen wollen. Wir hatten Innen- und Sportsenator Andreas Geisel zu Gast. Andreas stellte klar, dass er Verständnis für die Sorgen von Bürger*innen hat, die sich durch die Eindämmungsmaßnahmen zu stark in ihren Grundrechten eingeschränkt fühlen. Doch ist es in der unmittelbaren Krise unvermeidbar gewesen. Weiter sagte er, dass die teilnehmenden Rechts- und andere Extreme an den „Corona-Demos“, die sich dabei auf das Grundgesetz berufen, an Idiotie kaum zu überbieten sind. Der Rechtsstaat muss hier strikt vorgehen. Nicht nur aus Infektionsschutzgründen, sondern zur Eindämmung von Gewalt und Ausschreitungen.

Das nächste Videomeeting wird Ende Juni stattfinden. Dazu hat uns der Ökonom und Mitglied des SPD-Parteivorstandes, **Prof. Dr. Gustav-A. Horn**, zugesagt. Mit ihm werden wir über die wirtschafts- und finanzpolitischen Folgen der Pandemie sprechen und ihn fragen, welche konjunkturpolitischen Instrumente jetzt am besten gegen den drohenden Wirtschaftseinbruch angezeigt sind.

Die nächste Kreisdelegiertenversammlung (KDV) und der nächste Landesparteitag (LPT)

Die nächste KDV, auf der ein neuer geschäftsführender Kreisvorstand gewählt wird, findet zwischen dem **23. und 27. September** in der „Remise“ in Moabit statt. Nach unserem Informationsstand können wir dort sogar mit elektronischen Abstimmungsgeräten wählen. Der nächste LPT, bei dem die Wahl eines neuen geschäftsführenden Landesvorstandes auf der Tagesordnung steht, soll am **31. Oktober** im Neuköllner Estrel-Hotel stattfinden. Nähere Informationen erhaltet ihr rechtzeitig.

Abschließend möchten wir uns bei euch bedanken. Wir wissen, dass die vergangenen Wochen und Monate nicht einfach waren. Die Krise hatte zur Folge, dass Präsenzsitzungen nicht möglich waren (und sind). Dennoch hat unser Kreis an ganz vielen Stellen Initiative gezeigt, in dem die Software Webex für Onlinesitzungen zu politischen Themen, Abteilungs- oder AG-Sitzungen genutzt werden konnte (wenn ihr Fragen dazu habt, meldet euch bitte im Kreisbüro bei Isabel). Ebenso boten unsere Abgeordneten und BVV-Mitglieder Online- und Telefonsprechstunden an.

Leider wissen wir aktuell nicht, wie lange wir weiterhin auf Präsenzsitzungen verzichten müssen. Die neuen Bestimmungen des Senats, lassen mittlerweile Präsenzsitzungen unter strengen Hygieneauflagen zu. Die aktuellen Bestimmungen des Senats findet ihr unter diesem Link (9. Verordnung zur Änderung der SARS-Cov-2-Eindämmungsmaßnahmen-verordnung): <https://www.parlament-berlin.de/ad0s/18/IIIPlen/vorgang/d18-2761-1.pdf>
Wir werden jetzt prüfen, ob der Kreisvorstand ab August wieder als Präsenzsitzung stattfinden kann.

Bis dahin heißt es: Weiter online, aber auch weiter dranbleiben und politisch arbeiten. Gemeinsam werden wir die kommende Zeit durchstehen und für die SPD kämpfen. In diesem Sinne bleibt gesund und habt eine anregende Lektüre mit den folgenden Beiträgen.

Herzlich, euer Kian Niroomand für den gKV

Kian Niroomand ist stellvertretender Kreisvorsitzender in Charlottenburg-Wilmersdorf und gehört der Abteilung Rund um den Lietzensee an.



Unser Kreisbüro öffnet wieder!

Unter Einhaltung eines strikten Hygienekonzeptes steht euch Isabel Herrmann im Kreisbüro ab dem 16. Juni 2020 wieder persönlich zur Seite. Ihre Sprechzeiten sind vorläufig **mittwochs von 10.00 bis 12.00 Uhr** sowie **donnerstags von 14.00 bis 16.00 Uhr**. Bitte meldet Euch vorher an, wenn Ihr Isabel im Kreisbüro aufsuchen möchtet: telefonisch unter 863 13 875 oder per E-Mail unter Isabel.Herrmann@spd.de.

Aus dem Abgeordnetenhaus: Erstes Nachtragshaushaltsgesetz für 2020 verabschiedet „Ein angemessen keynesianisches Programm“

Liebe Genossinnen und Genossen,

Am 4. Juni 2020 verabschiedeten wir im Abgeordnetenhaus ein 1. Nachtragshaushaltsgesetz für 2020. Der Anlass ist bekannt. Es müssen die Folgekosten der Corona-Pandemie haushalterisch abgebildet und der Senat zur Kreditaufnahme in Milliardenhöhe ermächtigt werden, um der schwächelnden Konjunktur auf die Beine zu helfen, Mindereinnahmen durch Steuerausfälle abzufedern und coronabedingte Mehrausgaben gegenzufinanzieren.

Erstes Nachtragshaushaltsgesetz 2020: Keine Tilgung & Kreditaufnahme über rd. 6 Mrd. €

Mit dem ersten Nachtrag sollen vor allem die notwendigen Mehrausgaben wie die Soforthilfeprogramme für Wirtschaft & Kultur (Kredite und Zuschüsse) resp. Kreditausfälle, Beschaffung von Schutzausrüstung und Beatmungsgeräten für medizinisches Personal sowie das (fertige) Corona-Behandlungszentrum mit zunächst 500 Betten und Medizintechnik auf dem Messegelände in Charlottenburg (Halle 26) abgesichert werden. Der Entwurf sieht Ausgaben von rd. 3 Mrd. € vor. Davon sind rd. 2,6 Mrd. € Bundeshilfen, also durchlaufende Posten, die nicht zu Lasten des Berliner Landeshaushaltes gehen (v.a. Weitergabe der Mittel aus dem Sofortprogramm des Bundes an die Investitionsbank Berlin). Darüber hinaus werden mehr Ausgaben getätigt für die Messe Berlin GmbH (25 Mio. €) und die Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (111 Mio. €, Berliner Anteil), für die Abgeltung pandemiebedingter Entschädigungsansprüche nach dem Infektionsschutzgesetz (28 Mio. €) sowie für die Beschaffung mobiler Endgeräte, für digitalen Schulunterricht (1,9 Mio. €, Berliner Anteil). Bei der Messe sollen sowohl Kurzarbeitsregelungen in Anspruch genommen werden als auch KfW-Programme, bei der eine Kapitalbeteiligung des Bundes über den Beteiligungsfonds zu prüfen ist.

Abweichend vom Senatsbeschluss, der erst im zweiten Nachtragshaushaltsgesetz 2020 eine Kreditaufnahme vorsah, verfolgten wir als rot-rot-grüne Koalition eine andere strategische Linie und setzten durch, dass jetzt der richtige Zeitpunkt zum Handeln ist und nicht erst im Herbst. Der konjunkturelle Einbruch macht vor der Stadt nicht Halt. Daher haben wir den Senat zur Kreditaufnahme von über 6 Mrd. € bereits mit dem ersten Nachtrag ermächtigt.

Mit den Beratungen zum zweiten Nachtragshaushaltsgesetz nach der parlamentarischen Sommerpause werden wir uns unter anderem mit den Überlegungen des Senats befassen, der im ersten Nachtrag eine Mrd. € einsparen wollte. Sparen werden wir etwa, indem Projekte verschoben werden, die derzeit nicht umzusetzen sind. In dem Zusammenhang brennt uns als SPD-Fraktion seit längerem die Frage auf den Nägeln, warum es einerseits viele unsanierte (alte) Verwaltungsgebäude gibt, in denen Arbeitsflächen nicht optimal ausgenutzt werden (können) und zugleich Mitarbeiter*innen Büros mit bis zu 30 qm für sich beanspruchen, um es einmal auf den Punkt zu bringen. Ein Thema, dass wir in den letzten zwei Jahren mit Hauptverwaltungen und Bezirken unter Vorlage von Flächenbilanzen immer wieder ergebnislos diskutiert haben und die im Zusammenhang mit wachsender Stadt und mehr Personalbedarf in der Verwaltung steht. Eine gangbare Lösung konnte bislang nicht gefunden werden, außer dass der Hauptausschuss zweiwöchentlich Anmietvorlagen für langfristige Mietverträge bei privaten Anbietern zustimmen soll (wo somit öffentliche Verwaltung als Marktteilnehmer auftritt, der mit verdrängt und nahezu jede Miete zahlt), obwohl Raum ausreichend vorhanden ist. Ich bin gespannt, wie wir dieses Dilemma auflösen werden (oder am Ende feststellen müssen, dass die derzeitige Lösung doch die günstigere ist...). Auf dieses Thema wies unser haushaltspolitischer Sprecher Torsten Schneider in seiner Plenarrede hin.



Zurück zum Nachtragshaushalt. Verabschiedet haben wir also, dass sich Berlin bereits im ersten Nachtrag mit 6 Mrd. € neu verschulden wird und nicht erst im Herbst. Damit erreichen wir den Verschuldungs-Peak von 2011 (62,9 Mrd. €). Wir halten das für nicht „zu viel“. Mit Blick auf Tilgung und künftige Wahlperioden nehmen wir nur die nötigen Kredite auf, nicht mehr. Wir reagieren „angemessen keynesianisch“ auf die Krise und werden, - ergänzend oder additiv zu den Bundesprogrammen -, berlinspezifische passgenaue Konjunkturpakete auslösen, die einen raschen Wiederaufschwung ermöglichen sollen. Ziel muss es jetzt sein, so rasch zu handeln, dass verhindert wird, dass Unternehmen durch eine zu lange Durststrecke insolvent gehen, Mitarbeiter*innen entlassen und ihre Einkommen nicht stabilisiert werden. Wir wollen auf keinen Fall die Fehler der Vergangenheit wiederholen und keine kleinteilige Debatten führen, wie man sich aus der Krise „heraussparen“ kann. Damit bestünde gerade die Gefahr, dass Nachfrage ausgebremst wird und Unsicherheiten entstehen (daher haben wir auch die Bezirke mit abgeschirmt). Wir wollen schnell und entschlossen handeln.

Weiter haben wir Haushälter*innen klar gemacht, dass sich trotz der Krisensituation nichts an der aktuellen Berliner Personalplanung ändern wird, d.h. Stellen werden besetzt, Gehälter nicht eingefroren und Beförderungen nicht gestoppt, damit die Berliner Verwaltung auch morgen noch handlungsfähig bleibt. Eine Haushaltssperre wird es nicht geben. Diese Linie deckt sich mit der des Bundes, der doppelt so viel Geld bereit stellt, wie während der Finanzkrise 2009, ebenso mit der der Mai-Steuerschätzung sowie den Prognosen der Bundesregierung und der Wirtschaftsforschungsinstitute.

Gegenüber unseren Landesbeteiligungen äußerten wir die klare Erwartungshaltung, dass bei den Investitionen gerade jetzt nicht nachgelassen werden darf. Auch darauf werden wir achten.

Die Nettoneuverschuldung durch Kreditaufnahme kann erfolgen, weil wir ebenfalls am 4. Juni 2020 eine außergewöhnliche Notsituation nach § 2 des Berliner Schuldenbremsengesetz sowie eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes nach Art. 87, Abs. 2, Satz 2, 2. Halbsatz, festgestellt haben. Damit haben wir dem Senat erlaubt, Schulden in besagter Höhe aufnehmen zu dürfen.

Es bleibt festzuhalten, dass 5,5 Mrd. € von den 6 Mrd. € Kreditaufnahme zunächst einer Rücklage zur Bewältigung coronabedingter Folgen zugeführt werden, die vor jeder Entnahme vom Hauptausschuss zu beschließen ist. Sollte es Haushaltsüberschüsse geben, werden diese nicht getilgt, sondern ebenfalls dieser Rücklage zugeführt.

Die verbleibenden 500 Mio. € sind Mehrausgaben für das weitere Justieren der oben angeführten berlinspezifischen Maßnahmen und Soforthilfen, u.a. für ein Wirtschaftshilfeprogramm für den Mittelstand (bis zu 250 Beschäftigte), temporäre Familienhilfen (ohne Anspruch auf Notbetreuung), weitere Hilfen für Soloselbständige (Öffnung der Lebenshaltungskosten) sowie bezirkliche Ehrenamts- und Vereinsmitteln.

Ausblick

Spätestens im nächsten Doppelhaushalt 2021/ 2022 müssen Projekte neu bewertet und priorisiert werden, da in den kommenden Jahren 8 bis 9 % des bisherigen Haushaltsvolumens nicht mehr zur Verfügung stehen werden (also rd. 2 Mrd. € jährlich). Gleichwohl gilt, ganz im Sinne künftiger Generationen, dass laufende Projekte, etwa die Schulbauoffensive, ein Teil möglicher Konjunkturprogramme des Bundes werden. Ziel ist es, öffentliche Investitionen in die Infrastruktur kontinuierlich fortzuführen und idealerweise zu beschleunigen. Die investiven Kernprojekte des Koalitionsvertrages haben weiterhin Bestand.

Der coronabedingte Konjunkturreinbruch, Steuerausfälle, notleidende Unternehmen und steigende Arbeitslosenzahlen machen natürlich vor Berlin nicht Halt. Das bestätigt die Steuerschätzung. Bei der Gewerbesteuer erwartet man 2020 einen Rückgang von 23,5 % im Vergleich zum Vorjahr. In Zahlen: 2019 betrug die Einnahmen noch satte 1,984 Mrd. Euro, nun geht man 2020 von nur noch 1,520 Mrd. € aus. Ab 2021 sollen die Steuereinnahmen zwar wieder steigen, jedoch erreichen sie möglicherweise noch nicht das Vorniveau, - ausgehend von geschätzten Mindereinnahmen von rd. 1,9 Mrd. € jährlich.

Inwiefern die Programme des Bundes für Berlin hilfreich sein werden, bleibt abzuwarten. Wir haben es vorgezogen, ergänzend eigene Vorsorge zu treffen, die uns einen eigenen Weg durch die Krise ermöglicht, der die Berliner Wirtschaft, Soloselbständige, Arbeitnehmer*innen, Familien und Ehrenamtliche mit einem Zweiklang aus öffentlichen wirtschafts- und infrastrukturfördernden Maßnahmen unterstützt.



Ich freue mich über euer Interesse an meiner Arbeit. Wenn ihr Fragen habt, schreibt mir bitte oder ruft mich an: per E-Mail franziska.becker@berlin.de oder Handy 0176 43993955.

Ich hatte auf dem letzten Kreisvorstand angeregt, dass ich eine Arbeitsgruppe zu haushalts- und finanzpolitischen Themen anbieten kann. Bei Bedarf meldet euch bitte.

Ich wünsche Euch eine sonnige Sommerzeit und allerbeste Gesundheit!

Eure Franziska

Franziska Becker ist Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin im Wahlkreis Alt-Wilmersdorf (2011 & 2016 direkt gewählt) und Vorsitzende des Hauptausschusses. Sie gehört der Abteilung Wilmersdorf Nord an und ist stellvertretende Kreisvorsitzende in Charlottenburg-Wilmersdorf.

Aus dem Senat: Christian Gaebler aus dem Koordinationsstab Corona-Krise

Liebe Genossinnen und Genossen,



seit Ende April gilt in Berlin die Pflicht zur Bedeckung von Mund und Nase. Natürlich ist diese Maßnahme gewöhnungsbedürftig und für uns alle nicht einfach zu akzeptieren. Dennoch ist sie aus virologischer Sicht notwendig, um stückweise wieder in ein geregelteres Alltagsleben - trotz Corona - zu kommen. Die ersten Wochen haben gezeigt, dass sich die Berliner*innen größtenteils an die gesetzliche Vorgabe halten. Dabei sind Masken nicht unbedingt notwendig. Es reicht, den Mund-Nase-Bereich mit einem Tuch oder Schal zu bedecken. Es geht darum, den jeweils anderen zu schützen. Die hohe Bereitschaft, der Berliner*innen dieser Maßgabe zu folgen, zeigt, wie stark Solidarität und Mitmenschlichkeit in unserer Stadt gelebt werden.

Die Pflicht zur Bedeckung von Mund und Nase geht natürlich mit einer gestiegenen Nachfrage nach Masken einher. Der Senat steuerte die Nachfrage so, dass die wichtigen medizinischen Masken dem medizinischen Personal vorbehalten bleiben. Für den Alltag und für viele Berufe reichen die sogenannten Community-Masken. Wer sich die Masken nicht selber nähen kann oder im Handel noch keine kaufen konnte, wird auf der Webseite www.alltagsmasken.berlin fündig, die der Senat mit Berlin Partner eine Plattform entwickelt hat. Über diesen Online-Marktplatz findet kein An- oder Verkauf statt, es handelt sich um eine reine Informationsplattform für den B2B- (beispielsweise Firma möchte Textilmasken für Mitarbeitende erwerben) und den B2C-Bereich (Einzelperson möchte Textilmasken kaufen). Ziel ist es, die vielen Initiativen von Betrieben oder gemeinnützigen Organisationen für die Herstellung von Alltagsmasken zu bündeln, um dem zunehmenden Bedarf für einen alltäglichen Mund-Nase-Schutz gerecht zu werden.

Wir sind uns bewusst, dass die Pflicht, den Mund-Nase-Bereich im ÖPNV und im Einzelhandel abzudecken, für uns alle ein tiefer Einschnitt ist. Jedoch ist er notwendig. Solange es keinen Impfstoff gibt, werden wir uns mit dem Virus „arrangieren“ müssen. Das zu ignorieren oder auf die leichte Schulter zu nehmen, würde die Gefahr rapide steigender Infektionszahlen erhöhen. Daher bleibt an dieser Stelle auch festzuhalten, dass ein alltäglicher Schutz des Mund-Nasen-Bereichs, die allgemein geltenden Hygienemaßnahmen nicht ersetzt. Vielmehr ist er ein wichtiger Baustein von hygienischen Schutzmaßnahmen, wie regelmäßiges Händewaschen oder 1,5 m Abstand.

Christian Gaebler ist Staatssekretär und Chef der Senatskanzlei und Kreisvorsitzender der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf. Er ist Mitglied der Abteilung Wilmersdorf Nord.



Aus der BVV-Fraktion

Bevor unsere kommunalen Politiker*innen in die verdiente Sommerpause gehen können, stehen am 11. und 18. Juni noch zwei Sitzungen an, die ein weiteres Mal nicht im Rathaus Charlottenburg, sondern in der Gretel-Bergmann-Sporthalle in der Rudolstädter Straße 77 in Wilmersdorf jeweils ab 18.00 Uhr stattfinden. Besucher*innen melden sich bitte vorab an unter bvv@charlottenburg-wilmersdorf.de.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge der SPD-Fraktion, die unter anderem fordert:

- eine **temporäre Sondernutzung des öffentlichen Straßenlands für die Gastronomie**. Dieses Thema befindet sich bereits im „Vollzug“ des Bezirksamtest (mehr: https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.939387.php?fbclid=IwAR2OedZyqUi4b7-D_XBEol9zTpFgPqNf9gEjirzmPk5Q32l8JorDKQD66Es),
- die rasche **Einrichtung temporärer Spielstraßen**, damit Kinder in der aktuellen Corona-Lage gerade in den Sommerferien mehr Platz zum Spielen haben. Diese Spielstraßen sollen an Sonn- und Feiertagen und in enger Kooperation mit Initiativen und Nachbarschaften eingerichtet und durch ehrenamtliche Nachbar*innen betreut werden (mehr: <https://www.spd-fraktion-cw.de/artikel/temporaere-spielstrassen-charlottenburg-wilmersdorf-jetzt>) und
- eine öffentliche **Toilette** für den Agathe-Lasch-Platz.

Darüber hinaus ergab die Antwort auf eine Anfrage der Fraktion, dass es in diesem und im nächsten Jahr keinen **Drogenkonsumraum am Stuttgarter Platz** geben wird, obwohl Landesmittel dafür in den Haushalt eingestellt sind (mehr: https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/_tmp/tmp/45081036207258484/207258484/00239788/88.pdf).

Die **Tagesordnung** für den 11. Juni 2020: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/politik/bezirksverordnetenversammlung/online/to010.asp?SILFDNR=4702>

Weitere wichtige aktuelle Themen der BVV-Fraktion sind unter anderem:

- Stadtverträglicher statt verkehrsoptimierter Umbau des Dreiecks Funkturm: <https://www.spd-fraktion-cw.de/pressemitteilungen/umbau-dreieck-funkturm-stadtvertraeglich-statt-verkehrsoptimiert>
- Verkehrskonzept für Charlottenburg-Wilmersdorf: <https://www.spd-fraktion-cw.de/artikel/verkehrskonzept-fuer-charlottenburg-wilmersdorf>

Kontakt zur BVV: Die Geschäftsstelle der SPD-Fraktion im Rathaus Charlottenburg bleibt vorerst für den Publikumsverkehr geschlossen. Telefonisch ist das Büro erreichbar unter 90 29 149 07 (mit Sprachbox) und per E-Mail unter info@spd-fraktion-cw.de.

Anmeldung zum NEWSLETTER der BVV-Fraktion: Wer mehr über die Arbeit der BVV wissen möchte, ist eingeladen, den Newsletter zu abonnieren: <https://www.spd-fraktion-cw.de/seite/newsletter>





5 Fragen an Gaby Bischoff, MdEP für den Wahlkreis Berlin Solidarität in der EU: Taten statt Worte in der Corona-Krise

Gaby, der 1. Mai, der Tag der Internationalen Solidarität, liegt hinter uns. Warum ist Solidarität für die EU wichtig? Welchen Stellenwert hat sie in der Corona-Krise?

Solidarität ist das Fundament eines starken Europas. Das Wort kommt aus dem Lateinischen (solidare) und bedeutet festmachen, etwas zusammenhalten; also das Prinzip wechselseitiger Haftung. Darum geht es. Solidarisch sind wir stärker. Die EU erlebt gerade die tiefgreifendste Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg. Daher brauchen wir ein gemeinsames Krisen- wie Aufbauprogramm, damit alle gestärkt aus der Krise herauskommen können. Nur mit Solidarität können wir innerhalb der EU die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie auffangen und bewältigen. Das bedeutet auch, dass wir die Grenzen endlich wieder öffnen und uns besser koordinieren, als wir dies beim Ausbruch der Pandemie getan haben.

Welche Hilfsmaßnahmen hat die EU bereits beschlossen und wann sollen sie in Kraft treten?

Bisher hat die EU folgende Hilfsprogramme verabschiedet: einen Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank für Unternehmenskredite, einen Europäischen Fonds zur Unterstützung der Kurzarbeit (Sure) und einen erleichterten Zugang zu Geldern des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Alle drei Instrumente stellen Kredite bereit - bei deren Aufnahme verschulden sich die betroffenen EU-Staaten. Alle drei Instrumente sollen zum 1. Juni bereits greifen. Das setzt voraus, dass die Umsetzung sehr schnell gelingt.

Wie sollten weitergehende solidarische Hilfen deiner Meinung nach konkret aussehen?

Anstelle von Krediten wären Recovery-Bonds eine gute Alternative - gemeinsame europäische Anleihen, die durch einen größeren EU-Haushalt abgesichert werden. Die EU ist zudem gut beraten, eine Art Marshallplan zur Finanzierung des Wiederaufbaus bereitzustellen, um Neuverschuldungen abzuwenden. Die Mitgliedsstaaten wären liquider und könnten in den Erhalt bzw. in die Schaffung von Arbeitsplätzen und Industriezweigen investieren.



Die südeuropäischen Mitgliedsstaaten sind vom Corona-Virus besonders betroffen. Warum profitieren auch wir, wenn wir Italien zum Beispiel unterstützen?

Wir müssen uns vor Augen halten: Italien ist nach dem Brexit die drittgrößte Volkswirtschaft in der EU. Seit der Eurokrise 2012 spart Italien eifrig und hatte – anders als Deutschland – immer einen Primärüberschuss. Allerdings gab es kaum Wachstum. Hinzu kommt, dass Italien von der Flüchtlingskrise besonders betroffen war. Teile der italienischen Bevölkerung fühlten sich schon vor der Corona-Krise von der EU in Stich gelassen. Das verstärkt sich jetzt. Und die Populisten arbeiten genau mit dem Bild, die EU lasse Italien jetzt hängen. Italien ist - neben Spanien - vom Corona-Virus am Stärksten betroffen. Das Land hat enorme Einschränkungen verhängt, um die Pandemie zu bekämpfen. Trotzdem sind sehr viele Menschen Opfer des Virus geworden. Die sozialen wie ökonomischen Folgen der Pandemie sind enorm. Wenn wir es nicht schaffen, Italien in der Corona-Krise zu unterstützen und den Wiederaufbau gemeinsam angehen, ohne dass die Schuldenlast Italiens weiter enorm ansteigt, besteht die Gefahr einer Staatsinsolvenz. Würde Italien insolvent, hätte das dramatische Folgen für die gesamte Eurozone und damit auch für Deutschland und für die EU.

Wie geht es nun weiter?

Der Europäische Rat hat auf seiner Videokonferenz am 23.04.2020 einen Wiederaufbaufonds, den sogenannten „Recovery Fund“ beschlossen. Seine Finanzierung ist noch offen. Die EU-Kommission soll nun eine Analyse anfertigen, welche Wirtschaftssektoren und Regionen besonders betroffen sind und darauf basierend einen Vorschlag vorlegen.



Wie letztlich der Wiederaufbaufonds aussehen wird, ist derzeit noch offen. Sicherergestellt werden sollte, dass die EU ausreichend Mittel für den Wiederaufbau bereitstellt, über einen größeren EU-Haushalt und höhere Eigenmittel der EU. Außerdem sollte die Vergabe der EU-Gelder an die Umsetzung des Europäischen Grünen Deals und die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit gekoppelt werden. Wir setzen uns als S&D-Fraktion zudem dafür ein, diese Mittel an soziale Mindeststandards zu koppeln. Deutschland hat jetzt die Chance, dies alles in seiner EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 voranzubringen.

Mehr Solidarität und mehr Demokratie, das ist es, was wir in der EU derzeit brauchen.

Gaby Bischoff ist seit 2019 Mitglied des Europäischen Parlaments und gehört der Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (<https://www.spd-europa.de/abgeordnete/gaby-bischoff>). Sie gehört der Abteilung City-Westend und Klausener Platz-Kiez an.

AG 60 plus: Corona-Aktion der Jusos & AG 60 plus „gemeinsam unterwegs“

Kurz nachdem die Jusos in unserem Kreis mitgeteilt hatten, dass sie älteren Genossinnen und Genossen Hilfe beim Einkauf für den täglichen Bedarf anbieten wollen und diese Nachricht per Rundmail verbreitet worden war, meinten wir im Vorstand der AG 60 plus, dass diese Nachricht unbedingt auch die rund zweihundert unserer AG-Mitglieder erreichen sollte, von denen keine Mailadresse bekannt ist, immerhin aber eine Telefonnummer.

Da Hausbesuche als Option schlicht nicht in Frage kamen, war die Alternative eine telefonische Rundrufaktion. Zunächst ging es nur darum, das Angebot bekannt zu machen und Unterstützungsbedarf abzufragen. Die erste Aktion haben wir Ende März durchgeführt und dabei bemerkt, dass es in sehr vielen Fällen gar nicht so sehr um Einkaufshilfe ging, sondern darum, miteinander ins Gespräch zu kommen. Das traf auch für viele zu, die schon länger nicht mehr aktiv am Parteileben teilgenommen hatten. Aber auch das Angebot der Einkaufshilfe wurde in Einzelfällen angenommen und konnte an die Jusos weitergeleitet werden. Und ein dritter Effekt wurde in sehr vielen Gesprächen deutlich: Die Aussage, „noch“ sei alles in Ordnung, aber es sei doch sehr ungewiss, wie sich die persönliche Situation bei länger andauernden Einschränkungen verändern würde.



Dadurch ermuntert, hatten wir verabredet, die Aktion in der Woche vor Ostern zu wiederholen – wieder mit derselben ausschließlich positiven Resonanz. Vor allem der letzte Punkt kam immer wieder zur Sprache. Mittlerweile sind zwar wieder erhebliche Lockerungen zugelassen worden.

Trotzdem haben sich die Risiken für uns Ältere nicht verringert. Im Gegenteil haben sie sich eher vergrößert, weil sich zu viele Mitmenschen nicht an die Abstandsregel halten und auch immer noch zu viele ohne Mund-Nase-Schutz unterwegs sind.

Daher werden wir die Rundrufaktion in der Woche vor Pfingsten noch einmal durchführen. Ob dies das letzte Mal sein wird, ist angesichts der nach wie vor bestehenden Ungewissheiten eher unwahrscheinlich. Und da wir als AG 60 plus freiwillig länger damit warten wollen, zu realen Treffen einzuladen, können wir die Verbindung zu den „analogen“ Genossinnen und Genossen halten, während wir mit den „digitalen“ virtuelle Mitgliederversammlungen als Videokonferenzen durchführen.

Und nicht zu vergessen: Das Angebot der Jusos gilt immer noch.

Bent Paulsen ist Vorsitzender der AG 60 plus in Charlottenburg-Wilmersdorf. Er ist Mitglied der Abteilung Wilmersdorf Südost.



Kalendarium

Das Schuman-Projekt 2.0: Die Konferenz zur Zukunft Europas. Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu einer echten Bürgerbeteiligung? Die SPD-Europaabgeordnete **Gaby Bischoff** lädt ein zur Diskussion mit **Michael Roth**, Staatsminister für Europa im Auswärtiges Amt, am 9. Juni 2020, 18-19.30 Uhr.

Registrierung für ZOOM: https://zoom.us/webinar/register/WN_aO5-0Z7ZTQe_ZfQ7fANQWg

Livestream-Link auf Facebook: <https://www.facebook.com/pg/gabybischoff.eu/videos>

Es können bereits vorab Fragen gestellt werden. Bitte E-Mail an das Europabüro Berlin: info@gaby-bischoff.eu.

Rechtsberatung zum Miet- und Arbeitsrecht von Franziska Becker, MDA: 10. Juni, 17.30-18.30 Uhr.

Ort: Kita Aventura, Nikolsburger Platz 6-7, 10717 Berlin, Anmeldung nicht erforderlich (Fragen: 863 19 553).

Bürgersprechstunde von Frank Jahnke, MDA: 11. Juni, 18-19 Uhr, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin.

Anmeldung erbeten: wahlkreisbuero@frank-jahnke.de

Online-Sprechstunde mit Christian Hochgrebe, MDA, bei Facebook: 15. Juni, 17-18 Uhr.

Bitte um Zusendung von Fragen per E-Mail: christian.hochgrebe@spd.parlament-berlin.de.

Videokonferenz der Abteilung Charlottenburg-Nord: 16. Juni, 19.30 Uhr. Mit **Swen Schulz, MdB, und Christian Hochgrebe, MDA,** zu den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise.

<https://bachllp.my.webex.com/webappng/sites/bachllp.my/meeting/download/0c37da36772745379007ac5946d87e5c?siteurl=bachllp.my&MTID=m3531179db2dc944606f9d10973334bb3>

Digitales Sommergespräch mit Ülker Radziwill, MDA: 16. Juni, 19.30 Uhr

Bericht aus einer Klinik: Wie geht es den Pfleger*innen in der Krise? Gespräch mit Marie Krzykalla, Pflegerin in einem Berliner Krankenhaus. Teilnahme über Webex: <https://meetingsema22.webex.com/meetingsema22-de/j.php?MTID=m225f3da1ad536f289b5d1ade1927493c> (Passwort: Pflege).

Sitzung der AfB CW: am 17. Juni, 19.30 - 21.00 Uhr in der Goethe 15 mit Abständen. Referent ist Klaus Seifried (ehemaliger Schulpsychologe). Thema "Welche zusätzliche personelle Unterstützung sollte es an Brennpunktschulen geben?" TN mögen sich bitte bei mir anmelden. Könnt Ihr das bitte noch ergänzen?

Friedenskonferenz der DL-21: 19.-20. Juni 2020

Mit dabei u.a. Dr. Wolfgang Zellner, Dr. Heinrich Bedford-Strohm und Golineh Atai. Veranstaltungsort: IG Metall Haus, Alte Jakobstraße 149, 10969 Berlin. Begrenzte Teilnehmer*innenzahl (40). Anmeldung erbeten: info@forum-dl21.de. Alternativ: Zoom-Teilnahme möglich. Zugangslink und Programm demnächst auf der Webseite der DL 21: www.forum-dl21.de. **Mitmoderation am Samstag: Ülker Radziwill.**

Digitale Vernissage „Zukunft des ICC“: 23. Juni 2020, 19.30 Uhr. Auf **Einladung von Ülker Radziwill, MDA.**

Das Ingenieurbüro Neuner&Boeving ist als Finalist aus dem Interessenbekundungsverfahren zur Weiternutzung des ICC hervorgegangen. Der klimaneutrale Entwurf enthält eine transparente "Klimahülle" über dem ICC. Der Material- und Naturwissenschaftler Roland Boeving wird am Abend zu Gast sein und durch die Ausstellung führen. Diese wird ab 23. Juni 2020 auf der Website von Ülker einsehbar sein. Teilnahme über Webex:

<https://meetingsema22.webex.com/webappng/sites/meetingsema22/meeting/info/6546991c2bc040258c8188f1d7087654> (Passwort: Vernissage).

Sprechstunde mit Christian Hochgrebe, MDA: 23. Juni 2020, 17-18 Uhr.

Ort: Kiezbüro, Taurogener Straße 45. Anmeldung erbeten.



Bürgersprechstunde von Franziska Becker, MdA: 26. Juni, 16-17 Uhr, Wahlkreisbüro, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin. Fragen/ Anmeldung (nicht erforderlich): Telefon 863 19 653.

Online-Sprechstunde mit Christian Hochgrebe, MdA: bei Facebook am 29. Juni 2020, 17-18 Uhr. Zusendung von Fragen per E-Mail erbeten: christian.hochgrebe@spd.parlament-berlin.de.

Telefonische Rechtsberatung von Christian Hochgrebe, MdA: 2. Juli 2020, 17-18 Uhr.
Anmeldung erbeten: christian.hochgrebe@spd.parlament-berlin.de

Bürgersprechstunde mit Frank Jahnke, MdA: 2. Juli 2020, 18-19 Uhr, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin.
Anmeldung erbeten: wahlkreisbuero@frank-jahnke.de.

Bürgersprechstunde von Franziska Becker, MdA: 3. Juli, 16-17 Uhr, Wahlkreisbüro, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin. Fragen/ Anmeldung (nicht erforderlich): Telefon 863 19 653.

Monatliche digitale Sprechstunde von Franziska Becker, MdA und Wolfgang Tillinger, Mitglied der BVV, zum Thema Mieten & Wohnen: 7. Juli, 19-20 Uhr. **Anmeldung:** ribbeck@spd-fraktion-cw.de.

Rechtsberatung zum Miet- und Arbeitsrecht von Franziska Becker, MdA: 8. Juli, 17.30-18.30 Uhr.
Ort: Kita Aventura, Nikolsburger Platz 6-7, 10717 Berlin, Anmeldung nicht erforderlich (Fragen: 863 19 553).

Online-Sprechstunde von Christian Hochgrebe, MdA: bei Facebook am 13. Juli 2020, 17-18 Uhr.
Zusendung von Fragen per E-Mail erbeten: christian.hochgrebe@spd.parlament-berlin.de.

Digitales Sommer-Gespräch mit Ülker Radziwill, MdA: 16. Juli 2020, 20 Uhr.
Wie stehts` um Einzelhandel & Gaststätten in Charlottenburg? Näheres zur Sommertour im Juli. Vorgesehen ist ein Dialog mit Gewerbe & Gastronomie. (Tour steht mit Blick auf die weitere Virus-Ausbreitung unter Vorbehalt).

Bürgersprechstunde von Franziska Becker, MdA: 17. Juli, 16-17 Uhr, Wahlkreisbüro, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin. Fragen/ Anmeldung (nicht erforderlich): Telefon 863 19 653.

Kostenlose Rechtsberatung im Wahlkreisbüro von Frank Jahnke, MdA durch RA Alexander Rudolph: 28. Juli 2020, 17-18 Uhr. Anmeldung erbeten: wahlkreisbuero@frank-jahnke.de

Monatliche digitale Sprechstunde von Franziska Becker, MdA und Wolfgang Tillinger, Mitglied der BVV, zum Thema Mieten & Wohnen: 4. August, 19-20 Uhr. **Anmeldung:** ribbeck@spd-fraktion-cw.de.

Rechtsberatung zum Miet- und Arbeitsrecht von Franziska Becker, MdA: 12. August, 17.30-18.30 Uhr.
Ort: Kita Aventura, Nikolsburger Platz 6-7, 10717 Berlin, Anmeldung nicht erforderlich (Fragen: 863 19 553).

Bürgersprechstunde mit Frank Jahnke, MdA: 13. August 2020, 18-19 Uhr, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin. Anmeldung erbeten: wahlkreisbuero@frank-jahnke.de.

Bürgersprechstunde von Franziska Becker, MdA: 21. August, 16-17 Uhr, Wahlkreisbüro, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin. Fragen/ Anmeldung (nicht erforderlich): Telefon 863 19 653.



Servicelinks zu Corona mit wichtigen Kontaktdaten und Telefonnummern



Fakten statt Fake News: Aktuelle Informationen auf der Sonderseite des Senats: <https://www.berlin.de/corona/>

Videopodcast der Senatskanzlei mit Informationen über aktuelle Geschehnisse und Entwicklungen:
<https://www.berlin.de/corona/media/videopodcast/>

Corona-Hotline Charlottenburg-Wilmersdorf: Telefon 9029-16662, E-Mail: hygiene@charlottenburg-wilmersdorf.de

Ärztlicher Bereitschaftsdienst: 116 117

Telefonseelsorge: 0800 111 0 111

Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen: 0800 0 116 016

Krisen und Beratungszentrum für vergewaltigte und sexuell belästigte Frauen: 216 88 88

Schwangere in Not: 0800 / 40 40 020

Depression-Hotline: 0800 / 33 44 533

Sozialpsychiatrischer Dienst: 9029 160 44

Telefonseelsorge: 0800 / 111 0 222

Telefonseelsorge Berlin: 0800 / 111 0 111

Telefonseelsorge Russisch: 443 084 68

Telefonseelsorge Muslimisch: 443 509 821

Elterntelefon: 0800 / 111 0550

Häusliche Gewalt, Hotline für Frauen und Kinder: 611 03 00

Kindernotdienst: 61 00 62

Kinder- und Jugendtelefon „Nummer gegen Kummer“: 116 111

Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst Charlottenburg-Wilmersdorf: 9029 155 36

Silbernetz für Menschen ab 60 (kostenfrei): 0800 4 70 80 90

Pflegetelefon: 2017 9131

Pflege in Not (Beratung bei Gewalt in der Pflege): 69 59 89 89

Die **Bürgerämter** in Charlottenburg-Wilmersdorf nehmen schrittweise wieder den Regelbetrieb auf. Für einen Termin ist eine telefonische Vereinbarung zwingend: <https://www.berlin.de/ba-charlottenburg-wilmersdorf/verwaltung/aemter/amt-fuer-buergerdienste/buergeraemter/hohenzollerndamm/>

Angebote und Informationen des **SPD-Landesverbandes**: <https://spd.berlin/standpunkte/corona-virus/>

Übersicht der Hilfsangebote des SPD-Parteivorstandes: <https://www.spd.de/aktuelles/corona/hilfsangebote/>

Impressum

Herausgeber: Kreisvorstand der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf, Otto-Suhr-Allee 1, 10585 Berlin.

V.i.S.d.P.: Christian Gaebler.

Redaktion: Franziska Becker, Isabel Herrmann und Kian Niroomand.

Fotonachweis: alle privat.